

**Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, auf dem 20. Parteitag
am 27. November 2006 in Dresden**

- Unkorrigiertes Manuskript -

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Tagungspräsident,
lieber Georg Milbradt,
liebe Freunde,
meine Damen und Herren,
zu Beginn ganz besonders aber,
liebe Frau Barzel,

es ist für uns alle eine große Freude und Ehre, dass Sie zu unserem Bundesparteitag nach Dresden gekommen sind. Für dieses Zeichen der Zusammengehörigkeit, auch über den Tod Ihres Mannes Rainer Barzel hinaus, danke ich Ihnen, dankt Ihnen dieser Bundesparteitag von ganzem Herzen.

Rainer Barzel gehörte einer Generation an, deren Lebenswirklichkeit von einschneidenden Erfahrungen geprägt wurde. Aus diesen Erfahrungen erwuchs sein geradezu existenzielles politisches Anliegen: Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in einem geeinten Europa zu vollenden.

Daran hat er immer festgehalten – auch als andere es längst aufgegeben hatten. Das wird meine Generation – noch dazu aus der früheren DDR – ihm nicht vergessen! Dafür sind wir immer dankbar! Und dass wir uns heute Morgen zum Gottesdienst gerade in der Dresdner Frauenkirche versammeln konnten – auch das ist Teil des Lebenswerkes von Politikern wie Rainer Barzel.

Wir haben da nicht nur ein prächtiges Gotteshaus bewundert. Wir sahen vor allem ein bewegendes Zeugnis von Aufbauwillen, von Zukunftsglauben. Wiedererstanden ist dieses Wahrzeichen von Dresden gegen viel Widerstand, Kleinmut und Ungläubigkeit. Ich danke allen, die an den Wiederaufbau dieser Kirche geglaubt haben, die dabei mitgeholfen haben, dass dieses Symbol für Frieden und Freiheit Dresden heute wieder prägt.

Gelungen ist das durch eine Initiative der Bürger. Das war Bürgersinn in seiner besten Form. Ich finde, so müssen wir die Angelegenheiten unseres Gemeinwesens begreifen: als bürgerliche Initiative. Das gilt auch für uns, die Mitglieder der Christlich Demokratischen Union. Jeder von uns trägt an seinem Platz in unserer Partei Verantwortung für unser Gemeinwesen.

Seit Sie mich im November 2004 erneut zur Parteivorsitzenden gewählt haben, ist wahrlich viel geschehen – in der Union und in Deutschland. Für die CDU sind die letzten zwei Jahre großartiger Erfolge und – das sage ich auch ganz offen – auch herber Enttäuschungen gewesen.

...

Neben der Bilanz unserer Partei steht die Bilanz für Deutschland. Und die ist sehr erfreulich.

Ich will hier von beiden Bilanzen – von der für unsere Partei und der für Deutschland – seit unserem letzten Parteitag 2004 sprechen.

Die Erfolge der CDU seit 2004 waren zum Teil spektakulär gut. Blicken wir auf die Landtagswahlen der letzten zwei Jahre.

Im Februar 2005 gelang es uns nach 17 Jahren SPD-Herrschaft, in Schleswig-Holstein wieder das Ruder zu übernehmen. Seither regiert Peter Harry Carstensen das Land in einer Großen Koalition. Schleswig-Holstein ist wieder auf Kurs in Richtung Erfolg! Peter Harry Carstensen gehört zu den beliebtesten Ministerpräsidenten eines Bundeslandes.

Und dann kam der 22. Mai 2005, unvergessen: Jürgen Rüttgers und der gesamten Union ist etwas gelungen, worauf wir fast 4 Jahrzehnte warten mussten. Am 22. Mai 2005 wurde die fast 40-jährige SPD-Herrschaft in Düsseldorf beendet! Jürgen Rüttgers regiert das größte Bundesland in einer schwarz-gelben Koalition! Die CDU bringt wieder Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in dieses schöne Bundesland! Das haben die Menschen in NRW verdient!

Aber damit nicht genug: Im März dieses Jahres hat Günther Oettinger einen großartigen Wahlsieg in Baden-Württemberg eingefahren! In Sachsen-Anhalt kann Wolfgang Böhmer seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Und seit September dieses Jahres ist Jürgen Seidel stellvertretender Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern!

In Rheinland-Pfalz gilt das Motto: „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“ Wir danken Christoph Böhr ganz herzlich für seinen großartigen Einsatz! Wir wünschen Christian Baldauf Glück und Erfolg für seine neue Arbeit in Rheinland-Pfalz.

Und für Berlin haben wir gemeinsam mit Friedbert Pflüger das Ziel: Rot-Rot muss weg! Wowereit ist jetzt schon zweite Wahl! Diese Hauptstadt hat eine andere Regierung verdient als diesen Senat der Hilflosigkeit!

Liebe Freunde, in den zurückliegenden zwei Jahren haben wir auch in der Endphase unserer Oppositionszeit noch die schlimmsten Dinge der damaligen rot-grünen Koalition verhindert.

Wobei – so viel zu verhindern gab es eigentlich nicht mehr. Denn in Wahrheit herrschte nur eines: Stillstand auf ganzer Linie, Ratlosigkeit, wohin man schaute. Rot-Grün war mit seinem Latein vollständig am Ende!

Ohne uns, ohne unsere Ministerpräsidenten und ihre Mehrheit im Bundesrat, wäre unser Land vor die Wand gelaufen!

Viele an der Basis haben in den letzten Monaten manchmal gesagt, einige von uns könnten an einer TV-Kamera auch einfach mal kommentarlos vorbeilaufen.

Manchmal könnten einige von uns etwas häufiger „Ja, aber“ statt „Nein, aber“ sagen. Das alles kann ich verstehen.

Aber, ja, es ist auch richtig: Von Leuten, die ohne unsere Unterstützung fast nichts mehr auf die Reihe gebracht hätten, verbitten wir uns jeden Hinweis zum Verhalten unserer Ministerpräsidenten! Wir können froh sein, in so vielen Ländern Politik mitzugestalten!

Der größte Erfolg der letzten zwei Jahre seit unserem Düsseldorfer Bundesparteitag bleibt allerdings einer: Wir haben Rot-Grün beendet, und zwar vorzeitig! Wir haben Schröder aufs Altenteil geschickt, und zwar vorzeitig! Soll er jetzt mit seinen Memoiren durchs Land fahren, gute Reise! Wir arbeiten in der Zwischenzeit für unser Land!

Ja, ich räume ein, im ersten Jahr der neuen Regierung ist nicht alles glatt und nicht alles rund verlaufen. Niemand ärgert sich zum Beispiel mehr als ich darüber, dass wir bei der EU-Richtlinie zum Antidiskriminierungsgesetz zwei Anläufe brauchten, bis sie – trotz aller Unsinnigkeit, die diese EU-Richtlinie immer haben wird – angemessen umgesetzt worden ist.

Aber unter dem Strich, liebe Freunde, gilt doch: Rot-Grün ist weg! Einen besseren Dienst konnten wir unserem Land nicht erweisen!

Diese neue Regierung hat im ersten Jahr ihrer Arbeit mehr beschlossen und mehr erreicht als manche Vorgängerregierung in Jahren!

Und trotz des nicht voll erreichten Wahlziels bei der Bundestagswahl können wir heute in Dresden sagen: 2006 ist ein gutes Jahr für Deutschland! Wir können Deutschland wieder erfolgreich machen!

Außenpolitisch ist Deutschland wieder geachtet. Wir sind ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt.

Wir haben unsere Freundschaft zu den USA erneuert. Wir brauchen die USA und die USA braucht uns. Deswegen sage ich, dass zur Freundschaft auch gehört zu sagen, was ist, und offen anzusprechen, wo man unterschiedlicher Meinung ist. Aber – und das ist der Unterschied zu Schröder – nicht im Geiste des Misstrauens, sondern im Geiste des Vertrauens!

Genauso unverzichtbar für unsere Zukunft ist eine strategische Partnerschaft mit Russland. Aber auch hier gilt es, offen anzusprechen, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Denn beim Schutz der Menschenrechte, beim Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit kann es kein Zögern und Zaudern geben – und das werde ich wieder und wieder meinen Gesprächspartnern sagen, seien sie der russische Präsident, seien sie die Führung Chinas.

Hier gibt es keine Kompromisse! Menschenrechte sind unteilbar!

Verteidigungspolitisch hat die Bundesregierung endlich, nach 12 Jahren, wieder ein Weißbuch vorgelegt, das die neuen Bedrohungen, vor allem den Terrorismus, in den Blick nimmt und daraus die Aufgaben der Bundeswehr in unserer

veränderten Welt bestimmt. Deutschland übernimmt Verantwortung in vielen Auslandseinsätzen der Bundeswehr: in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan, vor der Küste Libanons, im Kongo oder am Horn von Afrika.

Wir dürfen nie vergessen, unsere Soldatinnen und Soldaten sind bereit, ihr Leben für unsere Werte und unsere Interessen einzusetzen. Manche von ihnen haben es im Einsatz verloren. Wir sind unseren Soldaten zu großem Dank verpflichtet.

Liebe Freunde, ich sagte es, 2006 war ein gutes Jahr für Deutschland. Außenpolitisch. Aber auch gesellschaftspolitisch.

Wir gehen auf dem Kurs der Stärkung der Familie, der Erziehung und der Bildung voran. Damit wagen wir mehr Freiheit. Wir tun das, weil wir wissen, wie unersetzlich Ehe und Familie für das Zusammenleben unserer Gesellschaft sind. Hier werden Werte gelebt und vorgelebt. Hier übernehmen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung. Deshalb ist der Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz für uns unverzichtbar.

Aber wir dürfen die Augen auch nicht vor der Tatsache verschließen, dass eine immer größer werdende Zahl von Familien heute nicht mehr allein in der Lage ist, die Erziehungsverantwortung wahrzunehmen.

Fälle wie das Schicksal des kleinen Kevin in Bremen stehen dafür. Fassungslos haben wir es verfolgt. Sie dürfen uns aber nicht nur für ein paar Tage erschüttern. Sie müssen uns dauerhaft aufrütteln.

Es bleibt richtig: die Familie ist und bleibt der beste Ort frühkindlicher Erziehung. Alle Betreuungs- und Bildungsangebote bleiben eben Angebote! Der Staat kann niemals diese nahe und persönliche Aufmerksamkeit füreinander ersetzen, die in der Familie so wertvoll ist.

Aber ebenso richtig bleibt auch, dass nicht immer das Rezept gilt: „Privat geht vor Staat“. Der Staat muss sich heute stärker als früher für die Erziehung und die Bildungschancen, also für die Chancen der Kinder, engagieren. Daran führt kein Weg vorbei. Wir können nicht einfach wegschauen!

Auch innenpolitisch kann sich die Bilanz unseres ersten Regierungsjahres sehen lassen. Innere Sicherheit stärken und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ermöglichen – das ist unsere Devise. Wir führen den Kampf gegen Terroristen mit neuen Möglichkeiten, wie z.B. der Anti-Terror-Datei.

Und wir besinnen uns auf unsere gemeinsamen Werte. Mit dem Integrationsgipfel und dem Dialog mit dem Islam gehen wir völlig neue Wege, die von größter Bedeutung für das Miteinander in unserem Lande sind.

Das ist der christdemokratische und heute mehrheitsfähige Gegenentwurf zu Multi-Kulti! Multi-Kulti hat Deutschland in die Irre geführt. Multi-Kulti ist gescheitert.

Heute stehen wir ganz selbstverständlich zu unserem Land, zu unserer Sprache, zu unserer Kultur und unserer Verfassung. Wir spüren auf einmal die Lebendigkeit, das Mitreißende unserer freiheitlichen Werte.

Wir sind Deutsche und wir lieben unser Land!

Ohne jede Überheblichkeit.

Fröhlich. Gastfreundlich. Neugierig.

Das ist Patriotismus im besten Sinne. Das ist großartig!

Wir tragen damit ein neues, ein schönes Bild eines selbstbewussten Deutschland in die Welt.

Und dann die haushaltspolitische Bilanz. Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen endlich wieder wahr. Der Haushalt entspricht endlich wieder den Vorgaben des Grundgesetzes, wir haben die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung, die Maastricht-Kriterien werden seit Jahren das erste Mal wieder eingehalten. So beenden wir schrittweise das Leben von der Substanz.

Schließlich die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bilanz. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahr um fast eine halbe Million Menschen zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Das Wirtschaftswachstum ist doppelt so hoch wie 2005. Immer weniger Unternehmen gehen pleite. Die Preissteigerung flacht ab. Die Lohnzusatzkosten sinken. Das sind Erfolge, auf denen wir aufbauen können.

Liebe Freunde, ich will nichts beschönigen. Wir haben 2005 wahrlich Wahlkampf für eine andere Koalition gemacht. Aber bei aller Aufrichtigkeit, mit der wir unsere Arbeit insgesamt bewerten - eines dürfen wir nicht übersehen: Auf eine Bilanz einer Regierungsarbeit, wie wir sie nach einem Jahr vorlegen können, haben die Menschen seit Jahren gewartet!

Sie haben darauf gewartet, dass sich in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt etwas bewegt! Und genau das haben wir geschafft!

Dabei wissen wir: Die Menschen haben Angst, dass die positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft keinen Bestand haben. Dass es wieder einmal nur ein kurzes Strohfeuer sein könnte. Darum müssen wir alles daran setzen, dass es dauerhaft aufwärts geht. Denn Vertrauen der Menschen setzt Verlässlichkeit in der Politik voraus.

Deshalb müssen wir die positiven Ergebnisse unserer Politik verstetigen. Nachhaltig machen. Unumkehrbar machen.

Damit die Menschen neue Hoffnung schöpfen.

Und um das zu schaffen, müssen wir uns eines klar machen: Es gibt nicht die eine „Großmaßnahme“, die Deutschland gesunden lässt. Manchmal habe ich den Eindruck, manche warteten auf den Urknall und dann werde alles schon wieder gut. Das gibt es nicht, das ist Träumerei und hat nichts mit realer Politik zu tun.

Was wir aber leisten müssen, das ist die Kombination der vielen richtigen Schritte. Das ist das Erfolgsprinzip, nach dem wir bislang gegangen sind. Das wird das Erfolgsprinzip sein, nach dem wir weiter vorgehen müssen. Wir gehen viele kleine Schritte in die richtige Richtung.

Ja, es ist wahr, wir regieren zusammen mit den Sozialdemokraten. So einfach liegen die Dinge. Aber dabei müssen wir uns immer klar machen: Ohne uns gäbe es nicht viele kleine Schritte in die richtige Richtung. Aber mit uns, mit der Union, kommt Deutschland voran!

Nach der Weltmeisterschaft im eigenen Land, nach diesem einzigartigen Erlebnis der Gemeinschaft, des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, der Freude und der Weltoffenheit, sage ich es einfach in der Sprache des Fußballs. Ein Jahr seit der Bundestagswahl befinden wir uns in der 23. Minute eines Fußballspiels. Ja, wir haben schon einige tolle Tore geschossen. Ja, wir hatten einige gute Chancen, aber gewonnen? – gewonnen ist noch gar nichts.

Weitere 67 Minuten Spielzeit liegen vor uns. Es gibt viele weitere Möglichkeiten, Chancen für Deutschland herauszuholen. Und zu nutzen.

Wir müssen uns weiter anstrengen, nicht nur die ersten 23 Minuten zu gewinnen, sondern das ganze, das eigentliche Spiel. Meine Aufgabe als Teamchefin ist es dabei, dass es möglichst viele Chancen sind, die wir für Deutschland erkennen und nutzen.

Dabei muss die Christlich Demokratische Union es schaffen, die eine Aufgabe des 21. Jahrhunderts zu erkennen, zu benennen und anzugehen. Diese eine Aufgabe entscheidet über die Zukunft unseres Landes.

Diese eine Zukunftsaufgabe ist und bleibt für mich die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft.

Ich sage ganz offen, ich komme zurück auf den Gedanken, der mich leitet, seit ich Parteivorsitzende bin. Ich weiß, viele von Ihnen haben skeptisch geschaut, als ich vor ein paar Jahren angefangen habe, von der neuen Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen.

Ich weiß, mit meinem ersten Anlauf habe ich noch nicht alle überzeugen können. Auf den Begriff „neue“ Soziale Marktwirtschaft kommt es mir dabei nicht zu allererst an. Vielleicht nennen wir das in 20 Jahren neue Soziale Marktwirtschaft, internationale Soziale Marktwirtschaft, globale Soziale Marktwirtschaft oder weiter soziale Marktwirtschaft.

Wichtig ist: Wir dürfen uns um das Eigentliche nicht herumdrücken.

Gut fünf Jahre nach der Arbeit unserer Kommission neue Soziale Marktwirtschaft, ein Jahr nach Übernahme der Regierungsverantwortung als Bundeskanzlerin bin ich überzeugter denn je: Es muss der Union gelingen, die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft wirklich anzugehen und zu bewältigen.

Das ist viel mehr als Rhetorik, Kommunikationstricks oder irgendwelche sprachlichen Spielereien. Das ist eine umfassende Aufgabe. Sie geht an den Kern politischen Handelns, in unserem, im 21. Jahrhundert.

Und, ja, es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Werte, die unser Land so stark gemacht haben: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Denn ich will, dass diese Werte auch im 21. Jahrhundert, im globalen Zeitalter, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch gelebt werden können.

Und wir wissen: Viele Menschen haben Sorge und Zweifel, ob das gelingt, ob Politik noch genügend Einfluss, genügend Gestaltungskraft, hat. Ob die Soziale Marktwirtschaft überhaupt noch Erfolg haben kann.

Um sich die Dimension deutlich zu machen, um die es geht, ein kleines Beispiel: In Europa leben 450 Millionen Menschen, alleine in China und in Indien leben zusammen 2,4 Milliarden. Diese beiden Länder stellen rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Kürzlich hat der chinesische Präsident bei einem Staatsbesuch in Indien gesagt, dass die Welt ein – ich zitiere – „wahrhaft asiatisches Jahrhundert sehen wird“, wenn Indien und China ihre gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten verwirklichen.

Dieses eine Beispiel zeigt die ganze internationale Dimension unserer Zeit. Ich bin überzeugt: Wir müssen es schaffen, die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich im 21. Jahrhundert zeigt, zu erkennen und zu nutzen.

Und ich bin überzeugter denn je: der politischen Kraft in Deutschland, der es gelingt, die Fähigkeit und die Bereitschaft aufzubringen, die Soziale Marktwirtschaft auf die dafür notwendige neue Stufe zu heben, sie also tatsächlich umfassend zu erneuern, der gehört die Zukunft.

Warum?

Ganz einfach, auf den Punkt gebracht: 1998, als wir in die Opposition gehen mussten und unsere programmatische Erneuerung begonnen haben, da waren die Probleme in unserer Wahrnehmung noch hauptsächlich deutsch. Zwar haben wir in der Analyse schon vieles darüber hinausgehende erkannt. Aber dennoch: Bei den Lösungen haben wir – verkürzt gesagt – deutsch gedacht.

Heute, 2006, sind sie – in der Analyse und der Lösung – tatsächlich global.

Das hat Folgen.

Darüber, ob wir in der Lage sind, aus den vielen richtigen Einzelmaßnahmen – vom Kombilohn über betriebliche Bündnisse für Arbeit, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bis hin zu einem vereinfachten Steuerrecht, einer Gesundheits- und Pflegeversicherungsreform, der Föderalismus II-Reform und vielen mehr – darüber, ob wir also in der Lage sind, aus all diesen vielen richtigen, zum Teil hart erstrittenen, Einzelmaßnahmen für unser Land ein Gesamtkonzept zu machen, das auch den globalen Ordnungsrahmen im Blick hat – darüber entscheidet sich die Zukunft unseres Landes.

Und nebenbei – darüber entscheidet sich auch die Mehrheitsfähigkeit einer der beiden Volksparteien. Darüber entscheidet sich, wer auch bzw. wieder in Zukunft 40 Prozent plus X erreichen wird.

Und große Koalition hin oder her: Ich will, dass es die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist, die diese Zukunftsaufgabe angeht und bewältigt! Ich will, dass es die Christlich Demokratische Union ist, die 40 Prozent plus x gewinnt!

Liebe Freunde, die CDU hat immer in schwieriger Zeit Regierungsverantwortung übernommen.

So war es 1949, als der Krieg das Land zerstörte und den Menschen viel Leid gebracht hatte.

So war es 1982, als sich das Land in einer Wirtschaftskrise befand, mit einer sprunghaften Vermehrung der Staatsschulden und steigender Arbeitslosigkeit.

Und so ist es jetzt im Jahre 2006. Wie haben wir unser Land vorgefunden - Sanierungsfall Haushalt, kaum Wachstum, 5 Millionen Arbeitslose und kein Ende absehbar, instabile soziale Sicherungssysteme und – nicht zuletzt – auch internationale Verunsicherung über Deutschland.

Aber wir haben alle Chancen: Wir haben die Westbindung geschafft, die europäische Einigung mitgestaltet, den Binnenmarkt, den Euro. Und vieles mehr.

Und auf eines können wir bauen: Das Land hat großartige Menschen, hoch motiviert, flexibel, einsatzbereit. Das Land hat ein großes Potenzial an Ideen. Aber die warten auf eines: Die warten darauf, in Taten, in Produkte, in Geschäfte umgewandelt zu werden. Dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen.

Keine Partei hat in den letzten Jahren so intensiv gerungen um den richtigen Weg zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft wie die Christlich Demokratische Union.

Begonnen hat es auf unserem Parteitag in Erfurt 1999, als wir uns mit den sogenannten Erfurter Leitsätzen zukunftsweisenden Aufgaben gestellt haben: Etwa der, ein Konzept für Kombilöhne zu entwickeln.

Weiter ging es auf dem Dresdner Parteitag 2001 mit dem Antrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“, in dem wir unter anderem das Konzept der betrieblichen Bündnisse für Arbeit entwickelten.

Und weiter ging es mit dem fast schon legendären Parteitag in Leipzig 2003, wo wir uns vornahmen, Deutschland fair zu ändern, wie der Leitantrag hieß. Dahinter verbarg sich ein revolutionäres Konzept für ein einfaches und gerechtes Steuersystem und für eine solidarische Gesundheitsprämie.

Ohne dieses Konzept wäre es uns heute in der Bundesregierung nicht möglich gewesen, die entscheidenden Weichenstellungen für die neue Gesundheitsversicherung vorzunehmen.

Und durch diese Reform haben wir die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Richtung einer solidarischen Gesundheitsprämie geschaffen.

Leipzig war also ein wegweisender Parteitag für die Christlich Demokratische Union.

Fortgesetzt wurde die Programmatik 2004 in Düsseldorf mit dem Antrag „Wachstum. Arbeit. Wohlstand“.

Dieser kurze Rückblick zeigt: Wir sind die Reformpartei in Deutschland. Wir wollen verändern, um Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu bewahren!

Und all diese Parteitage haben eines gemeinsam: Nämlich die Erkenntnis, dass die soziale Marktwirtschaft erneuert werden muss.

Denn wir wissen seit Ludwig Erhard: Die Ordnung des Wettbewerbs in der sozialen Marktwirtschaft setzt einen handlungsfähigen Staat voraus. Er garantiert diese Ordnung.

In dem Moment aber, in dem die Wirtschaft globalisiert, entzieht sie sich zunehmend der bisherigen Ordnungsfunktion des Nationalstaates. Darin steckt eine politische Dramatik. Wirtschaftsunternehmen planen weltweit, Regierungen dagegen haben national das Wohl ihres jeweiligen Volkes im Auge zu behalten. Das Kapital fängt an zu wandern, entzieht sich den gewohnten nationalen Bewertungen, und plötzlich werden Dinge absolut gesetzt, die früher anderen ethischen Bewertungen unterlagen: zum Beispiel die Dividende am Ende des Jahres, der Aktienkurs und der Börsenwert.

Natürlich weiß ich, dass Unternehmen Gewinne brauchen. Aber was steht im Mittelpunkt?

Für uns Christdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt. Das war so und das muss so bleiben!

Das ist der Auftrag des christlichen Menschenbildes. Es hat um die Würde jedes einzelnen Menschen zu gehen!

Das kann gar nicht oft genug gesagt werden, denn die Dramatik der heutigen ökonomischen Herausforderungen ist mit den Umwälzungen zu vergleichen, die vor 200 Jahren die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte. Damals wurde die feudale Agrarwirtschaft von der modernen Industriegesellschaft abgelöst.

Es entstand die erste soziale Frage mit der Ausbeutung der Arbeiter, mit Kinderarbeit, Nachtarbeit von Frauen und großer Armut. Eine gültige und wirksame Antwort auf diese soziale Frage gelang nach vielen Irrwegen und katastrophalen Irrtümern erst der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht der Wechsel von Agrar- zur Industriegesellschaft war das Problem, aber es brauchte eine lange Zeit, bis der dafür menschliche Ordnungsrahmen entwickelt war: Die Soziale Marktwirtschaft.

Heute ist es die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, die den Gestaltungsanspruch der Politik im 21. Jahrhundert auf eine neue Probe stellt. Das weltweit verfügbare Wissen wächst explosionsartig. Neues Wissen veraltet gleichzeitig immer schneller. Moderne Datennetze ermöglichen eine rasche globale Verbreitung von Wissen und lassen neue Instrumente der internationalen Kapitalmärkte entstehen.

Die neue soziale Frage unserer Zeit hat deshalb mit der Frage des Zugangs und der Teilhabe der Menschen an diesen Entwicklungen zu tun. Und so kommen wir zu der zentralen politischen Herausforderung unserer Zeit: Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt, um Teilhabe für jeden Einzelnen an den Ressourcen, den Früchten und dem Fortschritt unserer Gesellschaft zu ermöglichen?

Ich fürchte: Wenn diese Frage nicht schlüssig beantwortet wird, dann wird politisches Handeln angesichts der atemberaubenden Geschwindigkeit der Veränderungen den Entwicklungen immer nur hinterherlaufen. Dann wird Angst das vorherrschende Gefühl. Dann werden neue soziale Verwerfungen die Folge sein. Dann werden die Menschen nicht mehr an die Kraft der Politik glauben.

Liebe Freunde, ich bin überzeugt: genau das muss verhindert werden! Das ist wahrlich keine graue Theorie, das berührt das tägliche Leben der Menschen!

Eine Antwort bei uns zu Hause lautet für mich: Gerade in globalen Zeiten müssen wir neue Wege für mehr Beteiligungsgerechtigkeit finden!

Deshalb beraten wir auf diesem Parteitag das Konzept des Investivlohns, also Teilhabe des Arbeitnehmers an dem Wertzuwachs des Faktors Kapital. Nach 30 Jahren Diskussion ist jetzt die Zeit, das etwas gelingen muss.

Denn jeder wird gebraucht, keiner soll ausgegrenzt werden. Arbeit für alle muss das Kernstück sozialer Gerechtigkeit sein.

Doch die richtige Antwort darauf heißt gerade nicht Allzuständigkeit von Politik und Staat.

Die richtige Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit besteht in einer Doppelstrategie der Politik. Sie muss an richtigen Stellen eingreifen und an den richtigen Stellen loslassen. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, das ist die Aufgabe der Politik.

Dazu braucht die Welt eine internationale Ordnung des Wettbewerbs. Schüren von Angst, Abschottung und Protektionismus sind keine Antwort. Es geht dabei auch gerade nicht um eine Ordnung für einen fiktiven Weltstaat. Das wäre eine sozialistische Antwort. Wohin das geführt hat, brauchen Sie jemanden wie mir nicht zu erzählen. Also vergessen Sie das!

Es geht vielmehr um neue Mechanismen des privaten und politischen Handelns in internationalen Organisationen. Denken wir an die Welthandelsorganisation. Ich will, dass der Welthandel frei und fair gestaltet werden kann. Damit er fair ist, darf er Sozial- und Umweltstandards nicht ignorieren. Wir brauchen eine Verzahnung

dieser Bereiche, in der WTO, dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Die Welt braucht einen neuen Stellenwert von Private-Publicpartnership, die Welt braucht mehr Transparenz auf den Kapitalmärkten, die Welt braucht den anerkannten Schutz des geistigen Eigentums, die Welt braucht internationale Abkommen zur Ethik.

Alleine – das ist die Botschaft – können wir vieles von dem, was uns wichtig ist, nicht mehr durchsetzen.

Die Welt braucht also eine Politik, die dem historischen Einschnitt unserer Zeit durch Digitalisierung und Globalisierung im umfassenden Sinne Rechnung trägt. Die Welt braucht eine Politik, die auf die gegenseitigen Abhängigkeiten Antworten gibt.

Liebe Freunde, bei nichts wird dies so hautnah spürbar, wie bei zwei echten Herausforderungen für die Menschheit, vor denen die Welt, Europa, Deutschland, wir alle stehen.

Die erste Herausforderung für die Menschheit besteht darin, wie wir die Welt mit ausreichend und auch bezahlbarer Energie versorgen.

Begrenzte Energiereserven wie Öl und Gas treffen auf eine dramatisch wachsende Nachfrage. Länder wie China wollen ihren Wohlstand bis zum Jahr 2020 verdoppeln.

Das gleiche gilt für andere Schwellenländer wie Indien, Brasilien oder Mexiko. Wir können den Menschen in diesen Ländern nicht das Recht verwehren, besser leben zu wollen als bisher.

So haben Christdemokraten noch nie gedacht und so werden wir auch nie denken. Das verbietet unser christliches Menschenbild. Das hieße, wir gäben unser christliches Menschenbild preis. Niemals werden wir das tun, das „C“ ist konstitutiv für uns.

Die zweite Herausforderung für die Menschheit hängt mit der ersten unmittelbar zusammen: Wie sichern wir den Zugang der Menschen zu Energie, ohne dabei unser Klima so zu beschädigen, dass unsere Kinder und Kindeskinde mit den daraus folgenden katastrophalen Folgen nicht mehr fertig werden können?

Sie alle kennen die Anzeichen für die Folgen des Klimawandels in unserem Land. Aber was bei uns noch beherrschbar sein könnte, wirkt sich bereits im Süden Europas mit der Ausbreitung echter Wüsten von der Qualität der Sahara viele dramatischer aus. Von den dramatischen Folgen mit Flüchtlingsströmen und Migration der Erderwärmung außerhalb Europas gar nicht zu reden.

Deshalb müssen wir Industrieländer vorangehen mit ehrgeizigen Zielen, die wir dann auch gemeinsam erreichen, mit neuen Technologien und effizientem Energieverbrauch, genauso wie mit erneuerbaren Energien.

Und wir müssen aufhören mit unsinnigen ideologischen Debatten. Ja, ich kenne den Koalitionsvertrag. Ja, ich bin ein vertragstreuer Mensch, aber auch, ja, als

Vorsitzende der CDU Deutschlands werde ich immer für die friedliche Nutzung der Kernenergie als Bestandteil eines umfassenden Energiemixes eintreten. Es ist Unsinn, technisch sichere Kernkraftwerke vom Netz zu nehmen. Auch hier werden wir eines Tages nicht nur Recht behalten, sondern auch Recht bekommen!

Und uns, die CDU, rufe ich auf, vom Schutz des Klimas und dem Zugang zur Energie mit der gleichen politischen Entschlossenheit zu reden, mit der wir über Demographie und Globalisierung sprechen! Denn die Herausforderungen haben die gleiche Dimension.

Und all das kennzeichnet die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.

Deutschland hat dabei große Chancen, sich als Land der Ideen an die Spitze eines echten Fortschritts in der Bewahrung der Schöpfung zu setzen und gleichzeitig wirtschaftlich stark zu sein. Ich will, dass wir diese Chance nutzen. Vorher müssen wir sie erkennen. Ich werde dieses Thema deshalb auf die Tagesordnung unserer deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der G8-Präsidentschaft ab Januar kommenden Jahres setzen.

In unserer neuen Zeit wird es entscheidend darauf ankommen, dass wir Partner haben, die ein gemeinsames Fundament von Werten vertreten ihre Kräfte bündeln, nicht um gegen jemanden zu arbeiten, sondern um die eigenen Überzeugungen durchzusetzen. Und da meine ich insbesondere die Europäische Union und Amerika. Das führt zu der Idee eines gemeinsamen Marktes der Europäischen Union und der USA.

Denn in der Tat: Wir dürfen nicht ängstlich sein, weil neue Wettbewerber dazu kommen. Wir müssen vielmehr unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit stärken und faire Bedingungen für alle herstellen. Das geht nur, wenn wir für eine gerechte Welt arbeiten. Das schaffen wir nur, wenn wir uns unserer Überzeugungen gewiss sind und mutig für sie eintreten. Das ist ohnehin der einzige Weg, mit dem wir uns bei denen, die unsere Art zu leben, ablehnen oder gar zerstören wollen, Respekt verschaffen.

Liebe Freunde, manche werden uns jetzt vorwerfen, dass wir mit diesem Politikansatz auf irgendeiner fernen Umlaufbahn bewegen oder gar die Bodenhaftung verlieren.

Ich antworte: Nein! Das Gegenteil ist der Fall. Erst mit der Fähigkeit, nationale Interessen und globales Handeln tatsächlich zu verbinden, werden wir hier zu Hause in die Lage versetzt, unsere Werte auch in unserer Zeit leben zu können, Wohlstand auch bei uns erhalten zu können. In einer Zeit, die im Grunde keine Grenzen mehr kennt. Die aber verlangt, dass wir dem Menschen trotzdem Halt geben.

Dazu müssen wir natürlich ganz konkret auch zu Hause weiter unsere Arbeit machen. Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft verlangt deshalb bei uns im Land die Prioritäten unseres politischen Handelns neu zu ordnen. Für eine Politik, deren Verständnis von Fortschritt im umfassenden Sinne die

Generationengerechtigkeit im Blick hat, das heißt, vor allem auf die nächste Generation gerichtet ist.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, gibt dem lebenslangen Zugang zur Bildung und dem notwendigen Wettbewerb um die besten Köpfe für unser Land einen neuen Stellenwert. Zum Beispiel durch die High-Tech-Strategie der Bundesregierung. Sie bringt wissenschaftliche Forschung und wirtschaftliche Vermarktung enger zueinander. Und sie geht davon aus, dass Deutschland an die Weltspitze will. Mittelmaß ist für uns nicht akzeptabel. Die besten Köpfe dürfen unser Land nicht verlassen, sondern müssen hier bei uns bleiben oder zurückkommen.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will die Integration von Menschen anderer Kulturen. Dazu gehört übrigens ein aufrichtiger Dialog der Kulturen und – ich füge hinzu – auch der Religionen.

Dazu gehört die eindeutige Aussage: Gewalt im Namen einer Religion ist niemals akzeptabel!

Es ist wahr, Europa ist kein Christenclub. Aber wahr ist auch: Europa ist ein Grundwertecub. Hier bei uns gelten Menschen- und Bürgerrechte. Und diese Grundwerte beruhen ganz wesentlich auf dem Menschenbild des Christentums. Unser Werteverständnis leitet uns in unseren Gesprächen zum Beispiel mit der Türkei. Der sogenannte Fortschrittsbericht – der ja in Wahrheit die Rückschritte im Reformprozess der Türkei beschreibt – stellt große Defizite fest. Und er zeigt, dass die Türkei ihren Verpflichtungen aus dem Ankara-Protokoll bislang nicht nachkommt. Wenn dies bis zum Jahresende so bleibt, sage ich: Ein einfaches „Weiter so“ der Verhandlungen kann und wird es nicht geben.

Wir führen ergebnisoffene Verhandlungen mit der Türkei. Aber als Parteivorsitzende sage ich: Es ist und bleibt richtig, der Türkei statt der Vollmitgliedschaft die privilegierte Partnerschaft mit der Europäischen Union anzubieten.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade die Union war immer für die Wahlfreiheit der Eltern. Die Realität jedoch spricht leider nicht selten eine andere Sprache. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Frauen doch nicht immer wirklich die Freiheit hatten, sich zwischen Kind und Beruf zu entscheiden. Wir wollen diese Freiheit befördern und bestärken. Deshalb haben wir das Elterngeld eingeführt. Dennoch werden wir unterschiedliche Lebensentwürfe – Arbeit in der Familie oder im Beruf – nie gegeneinander ausspielen.

Wie wir auch die Jungen nicht gegen die Älteren ausspielen. Wir investieren in die Jugend und wir mobilisieren die Erfahrung der Älteren.

Auch brauchen wir mehr frühkindliche Bildung und qualifizierte Betreuung. Und alle Kinder, ausländische wie deutsche, sollen vor der Einschulung einen Sprachtest machen.

Aber ich sage ebenso klar: Die denkbar falscheste Antwort auf all diese Herausforderungen ist ganz sicher die Einheitsschule, wie sie Rot-Rot in Berlin will. Sie ist ein Schritt zu Gleichmacherei.

Wann werden die Linken endlich lernen, dass man jungen Menschen Chancen verschaffen muss und sie ihnen nicht verbauen darf, indem man Ungleiches gleich macht? Wann hören die anderen endlich auf mit ihren fatalen Experimenten auf dem Rücken der Kinder!? Einer solchen Politik wird die Union nie die Hand reichen!

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will die sogenannten kleinen Einheiten fördern. Genau deshalb brauchen wir eine gründliche Reform der Bund-Länder-Finanzordnung. Denn wir brauchen eine klare Finanzverantwortung auf jeder Ebene und eine wirksame Verabredung gegen immer neue Staatsschulden. So wie in der Vergangenheit kann es nicht weitergehen.

Das gilt auch für den Abbau von Bürokratie. Ihn hat diese Regierung mit der Einrichtung eines Kontrollrates gegen Bürokratie wie keine frühere in Angriff genommen. Wir sind auf dem Weg, ein Viertel der Kontroll- und Statistikpflichten abzuschaffen. Das ist „mehr Freiheit wagen“ in bester Form.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, gibt unseren Unternehmen eine Chance durch die Erbschaftssteuerreform und die Unternehmenssteuerreform.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, beendet die ausschließliche Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an die Erwerbsarbeit. Begonnen haben wir damit im Gesundheitswesen. Fortsetzen werden wir es mit der Reform der Pflegeversicherung im kommenden Jahr.

Und eine solche Politik hat in ihrem Zentrum die Frage: Was müssen wir auf unserem Arbeitsmarkt ändern? Deshalb beraten wir auf diesem Parteitag zwei Anträge zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Sicherung. Der eine bekräftigt unsere Forderung nach betrieblichen Bündnissen für Arbeit und der Lockerung des Kündigungsschutzes. Der andere unterstreicht unsere Forderung nach einer stärkeren, aber aufkommensneutralen, Staffelung bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes I nach der Einzahlungsdauer. Dies wollen wir, weil für Ältere das Risiko höher ist als für Jüngere, keinen neuen Arbeitsplatz zu finden. Für mich gehören all diese Anträge zusammen.

Damit stellen wir unter Beweis: Wir machen Politik für alle. Wir nehmen uns der Sorgen und der Interessen aller Bürger an. Den Arbeitsplatz derjenigen, die Arbeit haben, wollen wir sicherer machen durch die Ermöglichung betrieblicher Bündnisse.

Neueinstellungen wollen wir durch einen flexiblen Kündigungsschutz vereinfachen.

Und den Arbeitssuchenden, die es besonders schwer haben, wieder Arbeit zu finden, wollen wir viel genauer helfen.

In diesen Anträgen spiegelt sich unsere CDU wieder. Die CDU, die seit 60 Jahren in der Mitte der Gesellschaft steht. Unsere CDU, die große Volkspartei der Mitte.

Als Physikerin sage ich: Flügel geben Auftrieb. Als Politikerin sage ich: Das gelingt aber nur, wenn sie nicht gegeneinander stehen. Wirtschaft und Soziales waren bei uns nie Gegensätze. Das eine kann ohne das andere nicht gelingen. Wir sind die Partei von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Schichtendenken ist uns fremd. Das wir auch so bleiben!

Meinungsvielfalt ist gelebte Demokratie – erst recht in unserer Partei. Ringen wir in der Sache! Leidenschaftlich und jeder mit seinen besten Argumenten! Tun wir dies zugleich mit großem Ernst! Tun wir dies mit dem gebotenen Respekt vor der Meinung des anderen! Dann erreicht unsere Botschaft auch unsere Bürger. Genau darum – nur darum – hat es ja zu gehen.

Die Aufgabe ist groß genug. Wir müssen klarer, entschlossener und konsequenter denn je zeigen, dass es sich lohnt, auf die Kraft der Freiheit für Gerechtigkeit und Solidarität zu setzen.

Die Freiheit ist und bleibt für mich der entscheidende Schlüssel, damit Gerechtigkeit und Solidarität eine Zukunft haben.

Liebe Freunde, der Wille für politische Weichenstellungen ist stets mit zum Teil erbittertem Widerstand verbunden, zumindest mit Skepsis und Fragen: Verlieren die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ihre Gültigkeit, wenn wir von der neuen Sozialen Marktwirtschaft sprechen? Was soll das Neue an der neuen Sozialen Marktwirtschaft sein?

Noch einmal: Es geht mir nicht um den Begriff, sondern darum, ob wir den Kern unserer Herausforderung erkennen, ob wir die wichtigsten Themen anpacken.

Ich bin für das Machbare, aber auch das Machbare braucht eine Vision.

Deshalb werde ich nicht locker lassen, deutlich zu machen: Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards wird nicht nur nicht mutwillig preisgegeben. Die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlieren nicht nur nicht ihre Gültigkeit. Vielmehr verschafft erst das Erkennen des Neuen an der sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert wieder die Voraussetzung, dass genau diese Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft gelebt werden können.

Denn nur, wenn wir die alles verändernde internationale Dimension unseres Lebens erkennen, können wir sie gestalten. Globalisierung ist keine Naturkatastrophe. Sie kann gestaltet werden. Nur so eröffnet sich dem Menschen auch im 21. Jahrhundert die Chance auf Teilhabe. Auf Teilhabe durch Bildung, durch Arbeit, durch Kapital, auf Teilhabe an öffentlicher Sicherheit.

Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die heute alle im Mund führen, haben wir unterstützt, als noch viele gegen sie waren. Und das Stenographische Protokoll des deutschen Bundestages wies damals aus: „Lachen links“.

Auch für unser neues politisches Konzept werden wir wieder kämpfen müssen. Ich will, dass wir es sind, die mit einem umfassenden Konzept den Menschen die Angst nehmen. Damit nicht wieder Angstkampagnen à la Schröder eine Chance bekommen.

Die CDU hat immer die Kraft gehabt, schwierige Entscheidungen auch gegen viel Widerstand durchzutragen. Und am Ende hat sie davon auch als Partei profitiert.

Es war die Union, die die entscheidenden Wegmarken der Geschichte unseres Landes gesetzt hat.

Wir wissen: Ja, auch wir haben in den 90er Jahren zu spät und zu zögerlich mit den Reformen begonnen, aber die SPD hatte die Zeichen der Zeit überhaupt noch nicht erkannt. Die SPD hat sich immer gerne als gesellschaftliche Avantgarde verstanden. In Wirklichkeit war sie all zu oft die Nachhut!

Und, liebe Freunde, wenn es nach mir geht, kann es ruhig dabei bleiben!

Seien wir die Volkspartei in Deutschland, die die soziale Marktwirtschaft umfassend erneuert! Seien wir die Volkspartei, die damit die entscheidende Voraussetzung schafft, um mit 40 Prozent plus x wieder voll mehrheitsfähig zu werden!

Beide Volksparteien arbeiten an der Erneuerung ihres Grundsatzprogramms. Aber seien wir die Volkspartei, die tatsächlich auf der Höhe der Zeit ist!

In den letzten 57 Jahren haben CDU-Bundeskanzler unser Land 37 Jahre regiert. Von christdemokratischen Kanzlern sind für Deutschland wichtige Impulse ausgegangen. Von Konrad Adenauer, von Ludwig Erhard, von Kurt Georg Kiesinger und von Helmut Kohl. Und jetzt will ich meinen Beitrag leisten. Ich weiß, dass ich das nicht alleine kann. Ich benötige ihre Unterstützung.

Ich danke Volker Kauder und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ich danke Ronald Pofalla, dem Konrad-Adenauer-Haus und dem ganzen Bundesvorstand für die großartige Zusammenarbeit. Ich danke Edmund Stoiber für das gute Miteinander von CDU und CSU.

Gemeinsam können wir Deutschland voran bringen!

Die Zeichen dafür stehen gut. Die Union stellt 11 von 16 Ministerpräsidenten.

Sie ist in 14 von 16 Landesregierungen vertreten.

Ein Wechsel zu einer CDU-geführten Regierung lohnt sich immer. Ja, wir wollten im vergangenen Jahr ein anderes Regierungsbündnis. Ja, große Koalitionen sollen und müssen die Ausnahme in unserer parlamentarischen Demokratie sein.

Aber jetzt haben wir diese Große Koalition, die uns der Wähler aufgegeben hat. Wir arbeiten gut zusammen. Vertrauen ist da. Und ich will, dass wir den Menschen zeigen, dass wir das Beste aus ihrem Wählerauftrag machen.

Die Union stellt viele hundert Bürgermeister und Landräte. In Kreis-, Stadt-, und Ortsverbänden und in unseren Vereinigungen engagieren sich unsere Mitglieder. Sie alle stehen draußen auf den Straßen und den Plätzen an ihrem Arbeitsplatz oder bei Freunden und kämpfen für die CDU. Ich weiß, dass sie es nicht immer leicht haben. Lassen Sie mich deshalb dazu ganz einfach ein Wort sagen: Danke.

Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz, ohne den nichts, aber auch gar nichts gelingen könnte.

Liebe Freunde, heute bekräftigen wir unsere Werte in einer Gesellschaft,

- die einen neuen selbstverständlichen Patriotismus lebt,
- die die Bedeutung bürgerlicher Tugenden, wie Leistungsbereitschaft, Verantwortung und Gemeinsinn, wieder zu spüren beginnt,
- für die Kinder, Familie und Religion, der Glaube an Gott wieder wichtiger werden,
- die die Erfahrung älterer Menschen neu schätzen lernt und eine würdige Kultur des Alterns entwickelt,
- die sich der fundamentalistischen Bedrohung unserer Grundwerte bewusst wird und bereit ist, unsere Ordnung zu verteidigen.

Arbeiten wir weiter. Die ersten Schritte sind getan. Wir wollen gemeinsam unseren Weg zum Besseren weiter gehen.

Ich will, dass wir gemeinsam den Willen verspüren, Deutschland wieder an die Spitze Europas zu führen!

Ich will, dass wir Politik aus der Überzeugung machen, dass Deutschland seine besten Jahre nicht hinter sich hat, sondern noch vor sich!

Die Arbeit lohnt sich. Deutschland können wir gemeinsam erfolgreich machen. Das ist der Auftrag der Christlich Demokratischen Union in unserer Zeit!